

Märkische Linke

Infoblatt – DIE LINKE – Ostprignitz-Ruppin

Oktober 2017

10/2017

Gründliche Wahlanalyse notwendig

Bundesweit gutes Ergebnis der LINKEN, aber wo stehen wir?

Ja, das Ergebnis der LINKEN bundesweit kann sich sehen lassen. 9,2 % der für die Sitzverteilung im Bundestag entscheidenden Zweitstimmen sind das zweitbeste Ergebnis ihrer - noch recht kurzen - Geschichte, d. h. 69 (+5) Mandate, davon mit 37 so viel wie noch nie für Frauen.

Dahinter steht ein Plus von 0,6% (541.000 Stimmen). In Schleswig-Holstein, wo gerade der Einzug ins Länderparlament leider knapp verpasst wurde, stehen 7,3% (+2,1%) zu Buche, in Hamburg 12,2 (+3,4%). In Niedersachsen bleibt mit 6,9% (+1,9%) die Hoffnung auf den erneuten Einzug in den Landtag bei den (vorgezogenen) Wahlen Mitte Oktober. Das beste Wahlergebnis aller Landesverbände der LINKEN hat Berlin mit 18,8% (+0,3%) und vier von fünf Direktmandaten der LINKEN erreicht.

Die Freude darüber ist aber nicht ungegründet, denn der Beitrag des Brandenburger Landesverbandes zu diesem Erfolg ist nur begrenzt. Trotz eines sehr engagierten Wahlkampfes, den wir uns selbst kaum noch zugetraut haben. Aber 17,2% Zweitstimmen sind ein Minus von 5,3% oder 56.000 Stimmen. Die Verluste von Union

(-8,1%) und SPD (-5,6%) waren zwar noch höher, aber unser selbst gestecktes Wahlziel von 20% + X wurde deutlich verfehlt, und der Landesverband landete im Mittelfeld unter den ostdeutschen Flächenländern. Mecklenburg-Vorpommern und Sachsen-Anhalt erreichten mit 17,7 % (-3,4%) bzw. 17,8% (-6,2%) etwas bessere Ergebnisse, Sachsen lag mit 16,1% (-3,9) und Thüringen mit 16,9% (-6,6%) noch etwas darunter. Die Landesgruppe der LINKEN. Brandenburg ist damit in den kommenden vier Jahren nur noch mit vier Bundestagsabgeordneten vertreten.

Erschreckend ist das Ergebnis der AfD. Mit 12,6% landete sie bundesweit auf Platz 3. In Sachsen war sie mit 27% sogar die stärkste Partei, in Sachsen-Anhalt (19,6%), Brandenburg (20,2%), Mecklenburg-Vorpommern (18,6%) und Thüringen (22,7%) erreicht sie jeweils Platz 2, in Berlin (12,0%) Platz 4.

Auch im (vergrößerten) Wahlkreis 56 hat DIE LINKE das Ergebnis von 2013 mit 16,4% (-6,1%) Zweitstimmen und 17,6% (-6,5%) Erststimmen deutlich verfehlt. Im Landkreis Prignitz waren es 16,4% Zweitstimmen, in Ostprignitz-Ruppin 16,8%. Der Landkreis Havelland, der nun mit Nauen und Nennhausen neben Friesack und Rathenow zwei weitere Ämter zum Wahlkreis beisteuert, erreichte 14,7%. Mit 18,5% hatte Kyritz das beste Ergebnis, Karstädt mit 13,9% das niedrigste. Nur in den vier größeren Städten Neuruppin, Perleberg, Kyritz und Wittenberge lag der Zweitstimmenanteil der LINKEN über dem Landesdurchschnitt.

Den höchsten Stimmenanteil der AfD im Wahlkreis hatte das Amt Nennhausen (22,5%), gefolgt von Heiligengrabe (21,8%) und Rheinsberg (21,5%), den niedrigsten Anteil hatten Pritzwalk (16,6%), Gumtow und Neustadt/Dosse (je 16,7%) sowie Kyritz (16,8%). Nur in Pritzwalk und Kyritz lag DIE LINKE vor der AfD.



Glückwunsch - Kirsten Tackmann wird auch in den nächsten vier Jahren für ein selbstbestimmtes Leben der BürgerInnen unterwegs sein!
Foto: DIE LINKE. Brandenburg

Viele Fragen zum Wahlausgang gehen mir durch den Kopf, z.B.: Welche Teile der Wählerschaft haben wir warum nicht erreicht? Welche Teile wollen gar nicht oder von uns nicht mehr erreicht werden und ist das änderbar? Was macht dieses Ergebnis mit der Gesellschaft in den kommenden Jahren? Werden sich Hass, Intoleranz und Inhumanität noch weiter verstärken, und wenn ja, wie können wir die Gegenbewegung stärken?

Eine kluge Analyse der Ergebnisse ist nun gefragt, um so schnell wie möglich die richtigen Schlussfolgerungen zu ziehen, denn nach der Wahl ist vor der Wahl. Dabei ist auch eine selbstkritische Bewertung des Wahlkampfes und der vergangenen vier Jahre politischer Arbeit im Wahlkreis notwendig. Mindestens ebenso wichtig ist jedoch der Blick auf jene gesellschaftlichen Veränderungen insgesamt und der dafür Verantwortlichen, die zumindest dazu beigetragen haben, dass der Zusammenhalt und die Solidarität in unserem Land bröckeln. Und DIE LINKE muss Antworten auf diesen Rechtsruck finden, die mehr überzeugen als bisher.

Kirsten Tackmann, MdB

Willkommen!

In den letzten Wochen konnte auch der Kreisverband OPR wieder neue Mitglieder begrüßen.

Im Regionalverband Rheinsberg sind eingetreten:

Merlin Gerndt, 19 Jahre
Malte Lehmann, 26 Jahre

Der Stadtverband Neuruppin wurde verstärkt durch:

Denise Borgmann, 29 Jahre
Rudolf Brendler, 68 Jahre
Frank Jechow, 35 Jahre
Timo Theuergarten, 17 Jahre

Wir begrüßen alle auf das herzlichste!

Gute Kontakte helfen

Im Museum Neuruppin gibt es seit dem 21. September 2017 wieder eine kleine, interessante Ausstellung: Junge Flüchtlingsfrauen haben fotografiert und die Bilder mit ihren persönlichen Aussagen

beschriftet. Damit haben die Mitarbeiter des Museums eine engere Verbindung zwischen Land und Leuten hergestellt und den jungen Menschen geholfen, in Neuruppin etwas heimischer zu werden.

Zwischenruf

Von Hans-Joachim Müller

Der Osten bleibt zurück

Auch 27 Jahre nach der deutschen Einheit kann von einer Angleichung der Lebensverhältnisse von Ost und West keine Rede sein. Der Bericht der Bundesregierung zum Stand der deutschen Einheit 2017 ist ein »Dokument des Versagens«, sagte Gregor Gysi. Und Dietmar Bartsch kritisiert, dass Ostdeutschland zu einer »bedauernswert rückständigen Region« geworden ist. Dass dafür die Bundesregierung mit Kanzlerin Merkel an der Spitze die Verantwortung trägt, braucht wohl nicht extra betont zu werden. »Die Kanzlerin aus dem Osten hat sich um die Lage im Osten nie wirklich gekümmert« kritisiert Gysi weiter. Das beste Beispiel dafür ist die Rentenangleichung, die Merkel zwar immer wieder verspricht, die aber jetzt lt. Gesetz erst 2025 in Kraft treten soll.

Auch wenn der Bericht von einer gewissen Zufriedenheit der Ostdeutschen mit der Entwicklung spricht, gibt es doch noch gravierende Unterschiede. Dort, wo Tariflöhne gezahlt werden, hat sich der Lohnunterschied zwischen Ost und

West schon verringert. Aber, und das ist das Problem, die Tarifbindung ist in den neuen Ländern wesentlich geringer als im Westen. Auch zählt die Mehrzahl der ostdeutschen Regionen zu den strukturschwachen. Aber auch in anderen Bereichen besteht noch erheblicher Nachholbedarf. Das Problem dabei ist aber, dass die Bundesregierung die Probleme zwar benennt, aber keine Konzepte hat, diese zu lösen. Stattdessen »wurstelt« sie einfach weiter, wie es die Brandenburger Bundestagsabgeordnete der Grünen Baerbock nannte. Aber auch Ex-Bundestagspräsident Thierse betont, dass die Unzufriedenheit im Osten »stark mit dem Gefühl der Zurücksetzung, der Ungleichberechtigung« zusammenhängt.

Da fragt sich der Normalbürger, warum die SPD, die jahrzehntelang in Mitverantwortung der Regierung war, nichts getan hat. Tönte nicht der SPD-Kanzlerkandidat im Wahlkampf zur Frage der Angleichung von Ost und West: »Hier geht es ja gerade um den Respekt der Lebensleistungen und um Gerechtigkeit«.

Ich glaube, Dietmar Bartsch hat es mit seinem Wahlplakat zur Bundestagswahl auf den Punkt gebracht: »Frau Merkel behauptet, es ginge allen gut. Doch Sie und ich wissen es besser«.

Unser Genosse

Toni Schlögel

geb. 10.01.1925

hat uns am 30. August 2017 für immer verlassen.

Aus einer Arbeiterfamilie stammend, ergriff er den Beruf eines Finanzwirtschaftlers, studierte und arbeitete im Stahlbau. Als ganz junger Mensch blieb ihm das schlimme Erlebnis Krieg nicht erspart und prägte seine antifaschistische Haltung mit. In seinem arbeitsreichen Leben hat er seine ganze Kraft der jungen DDR, seinem Ideal eines fortschrittlichen, gerechten Staates gewidmet und hat diesen Standpunkt in vielen Jahren seines Dienstes bei den Sicherheitsorganen stets verteidigt. Der Zusammenbruch der sozialistischen Welt bedeutete für ihn wie für viele andere einen schwer zu verkraftenden Schicksalsschlag. Er ging kritisch mit seiner Überzeugung um, aber er gab sein linkes Denken und die Hoffnung auf eine sozialistische Zukunft nie auf.

Unser Mitgefühl gilt seiner Familie, vor allem seiner stets opferbereiten Frau. Wir werden ihm ein ehrendes Andenken bewahren.

Kreis- und Stadtvorstand DIE LINKE. OPR/Neuruppin

Kommentar

Das Wahlvolk hat gesprochen

Nicht umsonst hat DIE LINKE (nicht nur) im Bundestagswahlkampf immer wieder darauf hingewiesen, dass die Sorgen und Nöte der Menschen ernst genommen werden müssen. Wenn man jedoch arrogant und überheblich darauf reagiert, bekommt man eines Tages die Quittung. So geschehen am 24. September, als CDU/CSU und SPD massiv abgestraft wurden. Aber das ist noch nicht das Schlimmste. Das Problem ist, dass die Parteien der großen Koalition durch ihre verfehlte, nicht mehr dem Volke zugewandten Politik die Wähler scharenweise in die Arme der AfD trieben.

Als dann am Wahlabend der SPD-Spitzenkandidat Schulz verkündete, dass er und seine Partei für eine erneute große Koalition nicht zur Verfügung stehen, war das Erstaunen bei Merkel, Lindner und Co. riesengroß. Eigentlich hat hier die SPD als einzige der bisher regierenden Parteien die richtigen Schlussfolgerungen aus dem Wahldebakel gezogen, obwohl sie selbst ein gehöriges Maß an Schuld trägt. Wenn Schulz im Wahlkampf von Gerechtigkeit sprach, aber nicht darlegte, wie er die Gerechtigkeitsdefizite beseitigen will, und er von vornherein ein Bündnis mit den LINKEN ausschloss, so ist es logisch, dass der Wähler sich fragt, wie und mit wem Schulz diese Ziele umsetzen will.

Aber auch wir LINKEN haben etwa vierhunderttausend Wähler an die AfD verloren. Trotzdem gehören wir mit +0,6%, das sind 541.000 Stimmen, zu den Siegern der Bundestagswahl 2017, auch wenn wir unser Ziel, wieder stärkste Oppositionskraft im Bundestag zu werden, nicht erreichen konnten.

Vor uns Linken stehen jetzt vielfältige Aufgaben. Vor allem gilt es zu analysieren, warum und weshalb es uns nicht gelungen ist, unsere Wählerklientel in vollem Umfang zu erreichen? Haben wir Fehler in unserer politischen Arbeit gemacht, was müssen wir verändern - solche und weitere Fragen sollten wir uns selbstkritisch stellen. Unsere Bundestagsabgeordnete Kirsten Tackmann hat in einem facebook-Beitrag vom 26. September die, auch meiner Meinung nach, wichtigsten Fragen aufgeworfen. Wir sollten uns in allen Parteigremien damit befassen und daraus die notwendigen Schlussfolgerungen für die Zukunft ziehen.

hjm

100 Jahre Oktoberrevolution

Roter Oktober 1917 und die Linke heute



Wladimir Iljitsch Lenin
geb. 22.04.1870 / gest. 21.01.1924
Vorsitzender der Bolschewiki/Kommunistische Partei Russlands, gilt als Begründer der Sowjetunion
Bild: Pixabay

Die große Aufmerksamkeit, die der 100. Jahrestag der Russischen Revolutionen von 1917 in Deutschland bekommen hat, überrascht. Bücher erschienen oder wurden neu aufgelegt, Dokumentationen in den Medien sorgen dafür, dass sie nicht ins Vergessen geraten. Ist es das Fortschreiben der Hype zum Jubiläum des Großen Krieges 1914-18 oder sind es Vorboten des Revolutionsjahres 2018? Trotzdem, der Streit über die russischen Revolutionäre fordert auch heute zur Parteinahme. Dass der Tenor der heutigen publizistischen Begleitmusik eher negativ-verhalten ausfällt, kann angesichts des konservativen, antisozialistischen Zeitgeistes kaum verwundern. Ebenso wenig überrascht die Zerstrittenheit linker Wortmeldungen, die irgendetwas für heutige Zeiten retten wollen, aber oft genug, ob der bekannten Folgen dieser Revolutionsjahre und vor allem des Untergangs des Realsozialismus, besorgt sind.

Ein revolutionärer Prozess

Gerade deshalb: Über 1917 ist zu reden und zu streiten. Für ein ausgewogenes Urteil sind beide Revolutionen dieses Jahres, die Ereignisse von Bürger- und Interventionskrieg, der Übergang zur Neuen Ökonomischen Politik und die Gründung der UdSSR als einheitlicher revolutionärer Prozess zu begreifen. In der Tat,

im Februar 1917 waren Arbeiterinnen, Arbeiter und Soldaten auf der Straße, gab es Demos, Kämpfe, das Wetterleuchten der Revolution. Dass die Bolschewiki im Oktober die Macht erringen konnten in einem wenig spektakulären, doch wohl organisierten bewaffneten Aufstand, hat aber etwas mit Charakter und Ergebnissen des ersten revolutionären Schrittes zu tun. Gedrängt vom Kampfgeist der Straße hatten bürgerliche Politiker und gemäßigte Linke, zunächst der Partei der Sozialrevolutionäre, später der Menschewiki, eine Provisorische Regierung gebildet.

Die Erwartungen waren hoch: Republik, demokratische Freiheiten, Lindern der Not, Lösung der Bodenfrage, nationale Befreiung der benachteiligten und unterdrückten Völker - aber zuerst: Frieden! Gleichzeitig wuchs von unten her eine neue Macht: basisdemokratisch gewählte Sowjets. Ihre Forderungen waren radikaler als die der Regierung. Zunächst gelang dieser, die Sowjetbewegung zu dominieren. Aber sie verstand es nicht, die drängendsten Probleme zu lösen. Demokratische Freiheiten waren gut, aber weder die Boden- noch die nationalen Fragen wurden gelöst. Ausdrücklich aber wollte die Provisorische Regierung den Krieg fortsetzen, um mit territorialer Beute zugunsten des russischen und Entente-Kapitals zu siegen.

Vor allem Frieden!

Die radikale Linke, die Bolschewiki, sah frühzeitiger und schärfer die Klassengrenzen dieser Regierung. Lenin setzte auf die Sowjets als neue Machtorgane, er griff die Stimmungen der desertierenden Soldaten, der streikenden Arbeiter, der landbesetzenden Bauern, der nationalen Bewegungen auf: »Frieden, Brot, Freiheit und Land«. Vor allem Frieden! Diese Konsequenz zeigte Erfolg. Die Bolschewiki gewannen Stimme um Stimme die Mehrheit in den wichtigsten Sowjets, sie gewannen Arbeiter, Soldaten und Bauern und sie hatten mit revolutionären Truppenteilen und Roten Arbeiter-Garden die Mittel, um die Kriegsverlängerer, die längst die demokratischen Freiheiten mit Füßen traten, zu stürzen. Der Oktober war kein Putsch, sondern die konsequente Fortsetzung der Massenbewegungen. Der Sowjetkongress konnte zwar dekretieren, aber Frieden, sozialer Wandel, neue Eigentumsverhältnisse, der Sieg im Bürger-

und Interventionskrieg war nur durch den Enthusiasmus und die Opferbereitschaft der Massen möglich.

Frieden, Klarheit der Losungen, die Interessen der arbeitenden Menschen im Lande, das Setzen auf basisdemokratische Sowjets und eine mobilisierende Partei waren das Erfolgsrezept Lenins, das bis heute seine Gültigkeit besitzt.

Weg vom Krieg, weg vom Kapitalismus - aber schon Sozialismus?

Zur Geschichte der Oktoberrevolution und des revolutionären Prozesses gehört auch - neben den wichtigen zivilisatorischen Leistungen der Revolution, ihrer internationalen Beispielwirkung und der friedenspolitischen Rolle des Realsozialismus - die früh angelegten und sich im Lauf der Jahre ausbildenden diktatorischen und repressiven Momente dieses Sozialismusversuchs zu sehen. Sie ließen diesen Versuch stagnieren, nahmen ihm die Chance zu einer selbstkritischen Entwicklung und sorgten dafür, dass ihm in der Sowjetunion, in der DDR, in Osteuropa viele den Rücken kehrten.

Aus Anlass des 100. Jahrestages der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution in Russland laden wir zu einer Diskussionsrunde ein.
Donnerstag - 19. Oktober - 16 Uhr
Restaurant Seebad Alt Ruppin
Zu Beginn wird der Politikwissenschaftler Dr. Bollinger in die Thematik einführen.

Das schmälert nicht den Anfang, die Notwendigkeit eines linken Ausbruchs aus Krise und Krieg, bedeutet aber eine hohe Verantwortung für Linke, aus der Geschichte zu lernen und immer wieder die Unterstützung und die Mitgestaltung bei und mit denen zu sichern, die eine ausbeutungs- und unterdrückungsfreie Gesellschaft erstreben.

Krieg und Kapitalismus zu überwinden bleibt aktuell - 1917 wie 2017.

Dr. Stefan Bollinger

Unser Autor ist Mitglied der Historischen Kommission beim Parteivorstand der Partei DIE LINKE.

*Aktuell zum Thema von ihm:
Oktoberrevolution - Aufstand gegen den Krieg 1917-1922, edition ost Berlin 2017, 224 S. - 14,99 €, ISBN 978-3-360-01882-3;
Lenin - Reihe Basiswissen, Papyrossa Verlag Köln 2017, 120 S. - 9,90 €, ISBN 978-3-89438-656-6.*

Genug für alle ... die es bezahlen können

Gedanken zum Thema: Menschliche Bedürfnisse und das Privateigentum am Beispiel der »Gentrifizierung«

Im ersten Teil (sh. Ausgabe 8/2017) fragten wir uns, warum in unserer Gesellschaft so viele Bedürfnisse unbefriedigt bleiben, und stellten fest, dass in dieser Gesellschaft ausgeschlossen wird, wer nicht zahlen kann. In diesem Teil beschäftigen wir uns damit, wie privates Eigentum im Kapitalismus durch staatliche Verfügungsgewalt zum Mangel führt.

Dem Kapitalismus geht es um Gewinn

Der Kapitalismus ist ein Wirtschaftssystem, das der Bedürfnisbefriedigung vieler Leute entgegen steht, denn es geht den privaten Unternehmen um einen Gewinn und nicht um die Versorgung. Die Spekulation hat den Wohnungsmarkt erreicht, und angesichts von niedrigen Zinsen suchen internationale Immobilienfonds und Finanzfirmen nach neuen Anlagemöglichkeiten. Sie kaufen Mietshäuser und »modernisieren die Mieter heraus«. Die Bestandsmieten steigen, bei Neuvermietung oder Umwandlung in Eigentumswohnungen winken exorbitante Gewinne.

»Euer Luxus ist unsere Armut!«, steht auf einem Plakat am Oranienplatz in Berlin-Kreuzberg. Dort ist am Montag das umstrittene Luxushotel »Orania« eröffnet worden. Viele der Anwohner befürchten, dass die Mieten in der Gegend durch ein solches Hotel weiter steigen werden. Hotel-Investor Dietrich von Boetticher wollte erst ein Bürogebäude errichten, doch dann kam ihm die Idee mit dem Hotel. 41 Zimmer hat es, die kleinsten mit 17 Quadratmeter kosten 95 Euro inklusive Frühstück. Eine Suite von 136 Quadratmetern kostet 990 Euro. Den Preis für die größte Suite von 354 Quadratmetern gibt es nur auf Anfrage (Quelle nd).

Gentrifizierung ist der Begriff für den Strukturwandel von städtischen Vierteln im Sinne einer Attraktivitätssteigerung für eine neue Klientel und dem anschließenden Zuzug zahlungskräftiger Eigentümer und Mieter.

Bedarf bedeutet nicht Wohnungsbau

Das Bedürfnis nach Wohnraum ist noch lange kein Grund dafür, eine Wohnung zu bekommen, geschweige denn, dass bezahlbare Wohnungen gebaut werden. Die Stillung der Bedürfnisse ist also davon

abhängig gemacht, Geld zu besitzen. Um Geldmehrung zu realisieren, ordnen die Investoren die Bedürfnisbefriedigung dem kapitalistischen Verwertungsprinzip unter. Sicherlich mieten die Menschen eine Wohnung nicht, wenn sie nicht einen Nutzen für sie hat. Im Umkehrschluss werden diese Wohnungen nicht einfach hergegeben und erst recht nicht hergestellt, wenn sie nur Bedürfnisse befriedigen, aber keine Geldmehrung versprechen. Und so sind die ärmeren Leute auch nicht einfach scharf auf zu kleine und dunkle Wohnungen. Nein, diese sind schlicht billiger, also überhaupt erst in der Preisklasse, die sich eine Mehrheit der Leute leisten kann. Kein oder nicht ausreichend Geld zu haben, heißt dann, Verzicht üben zu müssen, auch wenn es genügend Wohnraum gibt.

Der Eigentümer bestimmt

Nur weil man eine Wohnung braucht, hat man nicht das Recht, darüber verfügen zu dürfen. Der Wille des Eigentümers gilt, und der muss sich von niemandem reinreden lassen. Gleichgültig gegenüber dem konkreten Bedarf anderer, darf er darüber entscheiden, ob und wer die Sachen unter welchen Bedingungen benutzen darf. Eine Hausbesitzerin kann also jedem verbieten, ihr leer stehendes Haus zu beziehen, ganz gleichgültig, ob andere den Wohnraum brauchen. Der Eigentümer darf also über die Wohnungen verfügen, in dem er alle anderen von ihnen ausschließt. Geregelt ist es im § 903 BGB: »Der Eigentümer einer Sache kann, soweit nicht das Gesetz oder Rechte Dritter entgegenstehen, mit der Sache nach Belieben verfahren und andere von jeder Einwirkung ausschließen.« Dieser rechtliche Schutz vorhandener Vermögenswerte schließt lebensnotwendige Sachen ein.

Räumung trotz Gerichtstermin

Durch das staatlich geschützte Eigentum gehören alle nützlichen Dinge, also auch Wohnungen, irgendjemandem. Wenn ein Unternehmen hunderte von Wohnhäusern besitzt, dann ist klar, dass es in diesen nicht wohnen will.

Am 15.08.2017 wurde die seit mehreren Monaten besetzte Alte Teppichfabrik in Alt-Stralau durch ein Sondereinsatzkommando geräumt. Bernd Freier, Be-

sitzer der Fabrik, Milliardär und Gründer des Bekleidungsherstellers s.Oliver, einer der reichsten Menschen in Deutschland, hat vor einem Berliner Gericht einen Räumungstitel erwirkt. Gegen den Beschluss zur Räumung haben die Besetzer beim Landgericht Berlin beantragt, die Zwangsvollstreckung zur Räumung einzustellen. Eine Verhandlung hierzu wurde für den 28. August anberaumt. Und trotzdem wurde die Fabrik am Dienstagmorgen durch einen Gerichtsvollzieher mit staatlicher Unterstützung geräumt (Quelle dpa/bb).

DIE LINKE für sozialen Wohnungsbau

Aus der Existenz von Eigentum wird eine Einkommensquelle, mit der ein Mietzins erpresst werden kann. Durch die verlangte Zahlung von Geld wird Mangel überhaupt erst gesellschaftlich hergestellt. So ist das Nebeneinander von schillerndem Reichtum und Elend keine Fehlleistung, sondern Resultat des brutalen Marktes, und so trennt das Eigentum die Leute mit ihren Bedürfnissen von den Sachen, auf die sie angewiesen sind. Zu viele Menschen müssen mehr als die Hälfte ihres Einkommens für die Miete ausgeben, Tendenz steigend. In den großen Städten hat jeder Zweite Anspruch auf einen Wohnberechtigungsschein. Das nützt nicht wirklich, da es zu wenige Sozialwohnungen gibt. An der Mietmisere ist die völlig falsche Wohnungspolitik der vergangenen Jahrzehnte Schuld.

In Neuruppin setzen sich die Abgeordneten der LINKEN bei Wohnungsbauplänen für die Sozialbindung ein. Bundesweit will DIE LINKE einen Neustart für den sozialen Wohnungsbau mit mindestens 250.000 neuen Wohnungen im Jahr erreichen. Das war für DIE LINKE ein Thema im Wahlkampf - und zu jeder anderen Zeit auch.

Ines Nowack

Aufgelesen

Finderlohn

Such nicht an Orten
wo du nicht findest
was du suchst

Janina Niemann-Rich, Lyrikerin

Wie weiter nach der Wahl?

Erste Gedanken unseres Kreisvorsitzenden

Als die ersten Wahlergebnisse am 24. September über den Bildschirm in der Kreisgeschäftsstelle flimmerten, war die Stimmung unter den GenossInnen erst einmal gedrückt.

DIE LINKE hat deutschlandweit zwar dazu gewonnen, aber gerade in ihren einstigen Hochburgen im Osten massiv an Stimmen verloren. Auch in OPR konnten wir unser Wahlziel, das Halten des letzten Ergebnisses, nicht erreichen und haben uns bei knapp 17 Prozent dem Landesschnitt angepasst. All das ist kein Grund zur Freude und bedeutet für uns als Landes- aber auch als Kreisverband einiges an Arbeit in den nächsten Jahren. Der Kreisvorstand erarbeitet zur Zeit eine umfangreichere Wahlauswertung, die auf unserem Kreisparteitag am 11. November zur Diskussion gestellt wird.

Wir müssen noch mehr als bisher auf die Belange der Menschen eingehen und

verständlich machen, dass nur eine Stimme für DIE LINKE eine Stimme für mehr soziale Gerechtigkeit ist. Wir sollten unter anderem unsere Massenbasis erweitern, indem wir aktiver in Vereinen und Verbänden mitarbeiten und so schneller die Fragen und Probleme der Menschen erkennen und natürlich auch darauf reagieren können.

Mein besonderer Dank geht an dieser Stelle auch noch mal an unsere Kirsten, die in den letzten Monaten wie keine andere unterwegs war, um unsere Inhalte an die Menschen heranzubringen. Das Ergebnis spiegelt leider nicht das wider, was sie in den letzten drei Legislaturen für unsere Region getan hat. Denn würde es das tun, hätte sie das Direktmandat mit mindestens 50% holen müssen.

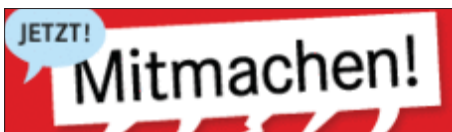
Aber wir werden uns davon nicht ent-

**Wir sagen
Danke!
DIE LINKE.**

Wir danken allen unseren Wählerinnen und Wählern, Wahlkämpferinnen und Wahlkämpfern, Unterstützerinnen und Unterstützern. www.die-linke.de

mutigen lassen - schließlich zeigt die Wahl auch eins: Mit inzwischen 11 neuen GenossInnen (seit der Wahl) in unserem Kreisverband zeigt sich, dass die Menschen mit dem Ergebnis nicht zufrieden sind und sich verstärkt einmischen wollen - bei uns sind sie da an der richtigen Adresse.

*Paul Schmudlach
Vorsitzender des Kreisverbandes
DIE LINKE. OPR*



Zum Vormerken

Der Kreisverband DIE LINKE. OPR führt seinen nächsten **Kreisparteitag am Sonnabend, den 11. November 2017, von 10-15 Uhr in Kyritz - Bluhm's Hotel** durch. Im Mittelpunkt stehen die Wahlauswertung zu den Bundestagswahlen, Delegiertenwahlen und die Nachwahl eines weiblichen Mitglieds für den Kreisvorstand. Vor der Kreisgeschäftsstelle Neuruppin steht ab 9 Uhr ein Bus zur Fahrt nach Kyritz bereit.

Basis zum leben

So wie in jedem Jahr wurde am 2. September 2017 in Kyritz wieder an die Bodenreform von 1945 erinnert. Bekanntlich wurde damals mit ihrer Verkündung durch den späteren ersten Präsidenten der DDR Wilhelm Pieck dem Wunsch und Willen tausender Landarbeiter und landarmer Bauern nach eigenem Boden entsprochen.

Mit bewegenden Worten machte Holger Kippenhahn die Überwindung jahrhundertelangen Unrechts deutlich. Viele Menschen auf dem Land erhielten durch die Bodenreform überhaupt erst eine wirkliche Existenzgrundlage.

Umfangreiche Tagesordnung

Wusterhausen will Jugendkoordinator einstellen

Am 10.10. 2017 fand in der Gemeinde Wusterhausen die vorletzte Gemeindevertretersitzung für dieses Kalenderjahr statt. Die zu bearbeitende Themenpalette war sehr vielschichtig.

Ein wichtiger Beschluss zur Kinder- und Jugendarbeit wurde einstimmig gefasst. Ab dem 01.01.2018 besteht die Möglichkeit, in der Gemeinde einen hauptamtlichen Jugendkoordinator einzustellen. Ziel ist, die Jugendarbeit im Territorium zu vernetzen und konkrete Angebote in der Schule als auch der Kita und im mobilen Bereich zu machen. Ein weiterer Schwerpunkt ist die Zusammenarbeit mit den Eltern. Die Stelle wird umgehend ausgeschrieben, um sie möglichst zum Januar besetzen zu können.

Im Bericht des Bürgermeisters fand neben vielen Aktivitäten auch der Sturm »Xavier« vom letzten Donnerstag seinen Niederschlag. Etwa 39 Einsätze fuhren die Kameraden der Freiwilligen Feuerwehr der Gemeinde Wusterhausen. Ihnen und allen Bürgern, die sich am Beseitigen der Sturmschäden beteiligten, wurde recht herzlich gedankt. Die Aufräumarbeiten sind noch längst nicht beendet - Hilfe jeglicher Art ist willkommen.

Am 28. September führten Schüler der Astrid-Lindgren-Grundschule im Rahmen der interkulturellen Woche das Märchen »Isegrim im Farbenland« auf. Das Märchen wurde von Tina Beyer - Lehrerin, Künstlerin, Märchen- und Geschichtenerzählerin - mit Unterstützung der Kinder selbst geschrieben. Viele kleine Schauspieler aus vielen Nationen waren beteiligt und begeisterten ihr Publikum. In der Gemeindevertretersitzung wurden Fotos gezeigt, die auch auf der Internetseite der Grundschule unter »Schnappschüsse« zu sehen sind. Die Gemeindevertreter, Gäste und Mitarbeiter der Verwaltung zeigten ihre Anerkennung nicht nur durch einen Applaus, sondern spendeten 88 Euro für eine weitere gemeinsame Aktivität der Kinder.

Petra Buschke, Gemeindevertreterin

Weltbewegendes

Im Herbstprogramm der Musikbrennerei Rheinsberg wird am 27. Oktober 2017 mit einer Veranstaltung unter dem Titel »Sie rührten an den Schlaf der Welt« an zwei der größten geschichtlichen Ereignisse erinnert: an 500 Jahre Reformation und den 100. Jahrestag der Oktoberrevolution.

Immer einsatzbereit

150 Jahre Freiwillige Feuerwehr Neuruppin

In der Begrüßungsrede zum Festakt anlässlich des Neuruppiner Feuerwehrjubiläums hat Genosse Gerd Klier in seiner Funktion als Vorsitzender der Stadtverordnetenversammlung der Fontanestadt den Mitgliedern der Feuerwehr und deren Familienangehörigen für ihre ehrenamtliche Tätigkeit gedankt.

Genosse Klier nutzte die Gelegenheit, den anwesenden und am Folgetag gewählten drei Mitgliedern des Bundestages zwei Aufgaben für die neue Wahlperiode mit auf den Weg zu geben:

1. Die Kameradinnen und Kameraden der Feuerwehr setzen sich in ihren Übungen und Einsätzen ständig Gefahren für Leib und Leben aus. Mit der gesetzlichen Unfallversicherung sind bestimmte Schäden abgedeckt, jedoch nicht alle. Daher ist für diese gefährdungsträchtige ehrenamtliche Tätigkeit entweder eine Erweiterung der gesetzlichen Unfallversicherung oder eine zusätzliche Ergänzungsversicherung

- notwendig. Gegenwärtig ist es keine Ausnahme, dass Schäden zum Teil oder vollständig nicht ausgeglichen werden.
2. Die Finanzausstattung der Kommunen ist zu verbessern. Gegenwärtig können nicht alle erforderlichen Maßnahmen, Ausrüstungen und Gebäudeinvestitionen für die Feuerwehr in dem Umfang durchgeführt werden, wie dies eigentlich erforderlich ist. Aus dem gleichen Grund kann die Erweiterung der Berufsfeuerwehr nicht im erforderlichen Umfang erfolgen, sodass die ehrenamtliche Feuerwehr teilweise über ihre Belastungsgrenze hinaus eingesetzt wird.

Auch der Kreis- und Stadtvorstand sowie die Märkische Linke möchten sich an dieser Stelle bei den Kameradinnen und Kameraden in Neuruppin und den Ortsteilen anlässlich des 150-jährigen Bestehens der Freiwilligen Feuerwehr Neuruppin bedanken, besonders für die Jugendarbeit und die Bereicherung des Dorflebens.

»Fairtrade-Town« Neuruppin oder geht noch mehr?

Neuruppin ist auf einem guten Weg

Frau Marion Duppel vom mobilen Weltladen des Vereins ESTAruppin ist bereits länger dafür bekannt, sich für fairen Handel einzusetzen. Zu einer Informationsveranstaltung zu »Fairtrade-Towns« und dem Verein Transfair im Café Tasca, einem von den Schülern des »Evi« betriebenen Cafés, waren 2015 u.a. alle Stadtverordneten der Stadt Neuruppin eingeladen. Gekommen sind der Bürgermeister und ich seitens der Abgeordneten. Wir sind ins Gespräch gekommen und sahen für Neuruppin die Möglichkeit, sich diesbezüglich nicht nur positiv zu positionieren, sondern auch aktiv zu werden.

Zur letzten Stadtverordnetenversammlung im Jahr bedanke ich mich als deren Vorsitzender bei den übrigen Abgeordneten anlässlich des bevorstehenden Weihnachtsfestes immer mit einer symbolischen Aufmerksamkeit. Im Jahr 2015 gab es daher einen Schokoladenweihnachtsmann aus fairem Handel. Dies war der Einstieg in die Diskussion unter den Abgeordneten, quasi um auf den Geschmack zu kommen.

In der Folge wurde eine Steuerungsgruppe mit Vertretern von Schulen, der Stadtverwaltung, der Wirtschaftsförderungsgesellschaften Neuruppins, des Landkreises und Weiteren gebildet. Im Ergebnis haben wir am 03.04.2017 in der Neuruppiner Stadtverordnetenversammlung beschlossen, dass sich die Fontanestadt an der »Fairtrade-Town«-Kampagne beteiligt und sich um den Titel »Fairtrade-Stadt« bewirbt.

Zur Umsetzung sind verschiedene Voraussetzungen zu erfüllen, die wir angegangen sind. Jedoch beschränkt sich die Stadt Neuruppin nicht darauf, dass nur importierte Produkte fair hergestellt und gehandelt sein sollen. Im Rahmen der Wirtschaftsförderung der Inkom verbinden wir die Kampagne mit der Förderung von regionalen und nachhaltigen Produkten. Im Ergebnis nutzen wir diese Initiative nicht nur zur Förderung des fairen Handels mit der Dritten Welt, sondern auch zur Förderung des fairen regionalen Handels einschließlich der Produzenten.



Foto: »Fehrbellin bleibt bunt«

Danke dem Aktionsbündnis »Fehrbellin bleibt bunt« für den gelungenen Tag der Toleranz am 16. September in Fehrbellin.

Danke an alle, die diesen Tag ermöglicht haben. Danke für euer Engagement, für eure Kraft und Mühe, für eure Beständigkeit, Konsequenz und für euer Durchhaltevermögen. Ihr seid sehr anspruchsvoll und habt viele gute Ideen, um Fehrbellin bunt zu gestalten. Das, was ihr macht, ist Verantwortung für Fehrbellin zu übernehmen. Macht weiter so! Wir wünschen euch noch größeren Zuspruch durch Fehrbelliner Kommunalpolitiker.

Ines Nowack

Man könne es mit dem Motto »regional und fair« bezeichnen.

Zum diesjährigen »Fairen Frühstück« auf dem Schulplatz am 15.07.2017 konnten wir einen Besucherrekord verzeichnen. Das Bewusstsein für einen fairen Mindestlohn in der Dritten Welt und bei uns vor Ort ist gestiegen. Mit der Entscheidung, etwas mehr Geld für faire und regionale Produkte auszugeben, kann jeder einzelne seinen Beitrag zur Verringerung der Ausbeutung von Mensch und Natur wie auch gegen unnötig lange Transportwege leisten.

Übrigens gibt es noch ein schönes Nebenprodukt: Mit gemeinsamem Handeln von Christen, Linken und weiteren Andersdenkenden schaffen wir es, weitere Grenzen im Interesse der Zukunft unserer Stadt und unserer Kinder zu überwinden.

Gerd Klier,
Vorsitzender der Stadtverordnetenversammlung der Fontanestadt Neuruppin

Gute Freunde geworden

Erlebnisse und Gedanken auf einer Fahrt in die Freie Heide - ein Leserbrief

Liebe Freunde von der Zeitungsredaktion, ich freue mich, dass meine russischen Gäste als Teilnehmer am Ausflug in die Heide erwähnt werden (die Fahrt war vom Stadtverband der LINKEN Ende August organisiert worden, siehe auch Märkische Linke 09/2017, Red.). Auf unserem Kremser (mit Arno Lisch) kam trotz aller Sprachschwierigkeiten eine lustige Plauderei mit guter Stimmung zustande.

Die »Einheimischen« erinnerten sich an Erlebnisse in der damaligen Sowjetunion und kramten ein paar russische Wörter aus ihrem Gedächtnis. Meine Freunde lernen Deutsch und gaben sich alle Mühe, etwas zu verstehen und auch selbst zu sprechen. Während der Fahrt konnte ich einige Details über die Familie erzählen, und vielleicht ist das ja für die Leser ebenfalls interessant.

2005 erhielt die MAZ einen Brief aus Russland, aus Archangelsk. Die Schreiberin Vera Kotscheschkowa bat die Zeitung, ihr bei der Suche nach Spuren ihres Onkels behilflich zu sein.

Der Bruder des Vaters von Vera war nach Kriegsende in Neuruppin stationiert und hatte von hier Ansichtskarten nach Hause geschickt. Dabei erzählte er, er hätte eine Frau in N. gefunden und geheiratet, seine Martha. Die MAZ suchte sich einen Helfer, der im Archiv der Kirche recherchierte und Angaben zu Martha fand. Sie ist inzwischen verstorben, hat aber einen Sohn, der gefunden und angesprochen wurde. Seine Familie lehnte jedoch den Kontakt zu den Russen ab. Das musste ich der russischen Familie mitteilen. Seitdem führen wir einen regen Briefwechsel.

Aus Archangelsk war die Familie inzwischen nach Wologda gezogen, seit 2016 wohnt sie in St. Petersburg in einer kleinen Eigentumswohnung. Der Vater Sergej ist Arzt, Neurologe und Psychiater (55), Mutter Vera (51) hat mehrfache Umschulungen hinter sich und arbeitet jetzt in einem Altenheim, Tochter Aleksandra (21) studiert Medienmanagement.

Im Sommer 2015 war ich auf einer Urlaubsreise mit meiner

Schwester und dem Schwager in St. Petersburg. Wir verabredeten uns mit Familie Kotscheschkow und trafen uns an zwei Abenden im Hotel. Das war eine sehr herzliche Begegnung.

In diesem Jahr nun lud ich die Freunde nach Wustrau ein. Ich mietete für sie eine Ferienwohnung und stellte mich als Helfer und Organisator zur Verfügung. Vom 22.8. bis zum 31.8.2017 verbrachten sie hier einen für sie recht interessanten Urlaub, wie sie mir bestätigten. Für mich war das eine »bewegte« Zeit, denn ihr Leben zu Hause (und auch hier) verläuft im Eiltempo. Die Fahrt durch die Heide war sozusagen eine verordnete Ruhephase, die sie sehr genossen haben.

Nach ihrer Abreise hatte ich ein zweites Erlebnis im Sinne der deutsch-russischen Freundschaft. Zwei Frauen - Mutter und Tochter - mit russischen Wurzeln waren in unserem Heimatmuseum in Wustrau zu Gast. Sie waren auf der »Spur ihrer Ahnen«. Sie wollten wissen, wo ihre Mutter bzw. Großmutter von 1941 bis 1945 gelebt hat. Die Geschichte dazu: Aus Nowgorod bei Leningrad flohen die Einwohner 1941 auf einem Schiff vor den Deutschen. Darunter war eine 36jährige Frau mit ihren beiden Töchtern. Das Schiff wurde von den Deutschen beschossen. Eine Tochter wurde getötet, als sie sich schützend über ihre Mutter legte. Die Mutter und die zweite Tochter (14 Jahre) wurden nach Deutschland zur Zwangsarbeit verschleppt und landeten in Wustrau. Die Mutter musste auf dem Feld arbeiten, das Mädchen wurde im Schloss zu Hausarbeiten eingesetzt. Bis zum Kriegsende waren die beiden hier.

Das junge Mädchen von damals studierte Chemie, besuchte die DDR und lernte in Wolfen einen jungen Deutschen kennen. Sie heirateten und leben seit 1979 in Dessau. Ihre Tochter begleitete nun die Mutter auf dieser Reise in die Vergangenheit. Sie ist Dolmetscherin für Russisch/Englisch/Deutsch, aber wegen einer schweren Krankheit kann sie nicht mehr in ihrem Beruf arbeiten. Sie hat Zeichenunterricht genommen und malt täglich, beschäftigt sich mit künstlerischen Projekten... Sie erzählte auch über ihre hässlichen Erfahrungen mit der Fremdenfeindlichkeit etlicher Deutscher. Das macht mich sehr betroffen und Angst macht mir das auch.

Ursula Fink, Wustrau

Herzlichen Glückwunsch!

Zum Geburtstag gratulieren wir unseren Senioren:

01.11.	Friedemann Göhler	Neuruppin	zum 70.
07.11.	Karl-Heinz Andrysek	Wittstock	zum 72.
09.11.	Marita Köhn	Kyritz	zum 63.
15.11.	Charlotte Glaser	Rheinsberg	zum 84.
18.11.	Brigitte Gutsch	Fehrbellin	zum 75.
19.11.	Christina Pudimat	Kyritz	zum 63.
19.11.	Kurt Roßbacher	Neuruppin	zum 66.
23.11.	Willi Missal	Wall	zum 88.
24.11.	Annely Fiebelkorn	Fehrbellin	zum 69.
26.11.	Erich Brunne	Kyritz	zum 90.
27.11.	Petra Buschke	Wusterhausen	zum 63.
28.11.	Martin Beckmann	Kyritz	zum 86.
28.11.	Jürgen Poß	Alt Ruppín	zum 83.

Auch allen anderen Geburtstagskindern unser herzlichster Glückwunsch!

Bl mit Erfolg

Eine Ausstellung über die Bürgerinitiative FREIE HEIDE wurde am 23. August (bis zum 31. Oktober 2017) in der Friedensscheune Zempow, Dorfstr. 40, eröffnet.

Besonderer Anlass ist der 25. Jahrestag der Gründung der Bürgerinitiative, die ein Beispiel dafür ist, wie politische Ziele mit friedlichen und demokratischen Mitteln erreicht werden können.

Unser Konto für Spenden und Einzahlungen:

DIE LINKE. KV. OPR

IBAN: DE47 1606 1938 0001 6323 61

Raiffeisenbank Ostprignitz-Ruppín

Die Flucht als Geschäft

Im Rahmen des sozial-kulturellen Schiffsprojektes »Mit Sicherheit gut ankommen« machte das ehemalige Schlepperboot - jetzt die »Al-hadj Djumaa« - am 25. September am Bollwerk in Neuruppin fest. Im Rahmen der Interkulturellen Woche 2017 wird mit diesem Projekt auf die Situation der Flüchtenden vor, während und nach der Flucht aufmerksam gemacht.

Im Sommer 2013 hat der alte Holzkutter mit 217 Eritreern und 65 Äthiopiern an Bord Ägypten in Richtung Lampedusa verlassen und kam auch sicher über das Mittelmeer - wahrlich ein kleines Wunder. Die Schlepper machen aus der Not der Menschen, die vor Krieg und Hunger fliehen, ein Riesengeschäft. Mit den 282 Menschen der »Al-hadj Djumaa« hätten die Schlepper etwa eine Viertelmillion Euro verdient, sagte der Geschäftsführer der Outlaw-Stiftung Gerald Mennen, die dieses beeindruckende und sehr emotionale Projekt ins Leben gerufen hat.

PS: Die Eröffnung der Interkulturellen Woche 2017 durch den stellvertretenden Landrat Werner Nüse am 15. September im Übergangwohnheim Treskow war eine gelungene Veranstaltung mit vielen



Das Boot sieht schon mit den 80 Kupperfiguren des dänischen Künstlers Jens Galschiøt völlig überladen aus!

Foto: Jürgen Schubert

Darbietungen und vor allem Gesprächen. Leider suchten nur wenige der eingeladenen Neuruppiner Bürger den Kontakt zu den freundlichen und fröhlichen ausländischen Bürgern, die hier eine neue Heimat finden wollen.

js/ch-

Termine

(Aktualisierung auf www.dielinke-opr.de beachten)

Mittwoch, 18.10.17	Beratung des Stadtvorstandes DIE LINKE. Neuruppin 18.00 Uhr, Kreisgeschäftsstelle Neuruppin, Schinkelstr. 13
Donnerstag, 19.10.17	100. Jahrestag der Oktoberrevolution - Veranstaltung der Freundschaftsgesellschaft Alt Ruppín - Gast: Prof. Bollinger Ab 16.00 Uhr, Restaurant Seebad Alt Ruppín
Donnerstag, 19.10.17	Mitgliedervers. DIE LINKE. RV Kyritz-Neustadt-Wusterhausen 19.00 Uhr, Wusterhausen
Donnerstag, 02.11.17	Beratung des Regionalvorstandes DIE LINKE. Wittstock-Heiligengrabe 18.00 Uhr, Geschäftsstelle Wittstock, Marktgasse 2
Donnerstag, 02.11.17	Beratung des RV DIE LINKE. Kyritz-Neustadt-Wusterhausen 19.00 Uhr, Geschäftsstelle Kyritz, Wilsnacker Str. 1
Montag, 06.11.17	Beratung des geschäftsführ. Kreisvorstandes DIE LINKE. OPR 16.30 Uhr, Kreisgeschäftsstelle Neuruppin, Schinkelstr. 13
Montag, 06.11.17	Mitgliedertreffen DIE LINKE. RV Fehrbellín 19.00 Uhr, Fehrbellín - Bibliothek
Dienstag, 07.11.17	Kranzniederlegung Freundschaftsgesellschaft Alt Ruppín 10.00 Uhr, Sowjetischer Ehrenfriedhof Alt Ruppín
Sonnabend, 11.11.17	Kreisparteitag DIE LINKE. OPR 10-15 Uhr, Kyritz - Bluhm's Hotel
Mittwoch, 15.11.17	Beratung des Kreisvorstandes DIE LINKE. OPR 19.00 Uhr, Kreisgeschäftsstelle Neuruppin, Schinkelstr. 13

Herausgeber: Kreisvorstand **DIE LINKE. OPR**
Schinkelstr. 13, 16816 Neuruppin

V.i.S.d.P. : Paul Schmudlach, E-Mail: kv@dielinke-opr.de

Redaktion: Jürgen Schubert (js, verantw. Redakteur), Christa Horstmann (ch-), Hans-Joachim Müller (hjm), Egbert Nowack (en), Marco Christian Wiese (MaC)

Kontakte

Dr. Kirsten Tackmann, Bundestagsabgeordnete der Fraktion DIE LINKE, Agrarpolitische Sprecherin, Obfrau im Ausschuss für »Ernährung und Landwirtschaft«.

Tel.: 030/22774309 Fax: 030/22776308

Funk: 0173/3804592

www.kirsten-tackmann.de

Wahlkreisbüro: Wilsnacker Str. 1, Kyritz
Wahlkreismitarbeiterin **Anette Bock**
Tel.: 033971/32857 Fax: 033971/32893
E-Mail: bock@kirsten-tackmann.de
Sprechzeiten:
Mo.-Do. 10.00 - 12.00 Uhr

Wahlkreisbüro: Schinkelstr. 13, Neuruppin
Wahlkreismitarbeiter **Paul Schmudlach**
Tel.: 03391/2383
E-Mail: schmudlach@kirsten-tackmann.de
Sprechzeiten:
Mo. 14.00 - 16.00 Uhr
Die. u. Do. 10.00 - 12.00 Uhr
Mi. 16.00 - 18.00 Uhr

Wahlkreisbüro: Marktgasse 2, Wittstock
Wahlkreismitarbeiter **Andreas Bergmann**
Tel.: 03394/4031363
E-Mail: bergmann@kirsten-tackmann.de
Sprechzeiten:
Die.-Do. 10.00 - 12.00
Do. 16.00 - 18.00

Margitta Mächtig, Landtagsabgeordnete
Wahlkreisbüro: Wilsnacker Str. 1, Kyritz
Wahlkreismitarbeiterin **Anja Büchner**
Tel.: 033971/304941
E-Mail: maechtig@dielinke-opr.de
Sprechzeiten:
Die. u. Do. 08.00 - 15.00 Uhr

DIE LINKE. Ostprignitz-Ruppín
Kreisgeschäftsstelle Neuruppin
Schinkelstr. 13, Neuruppin
Tel.: 03391/655420 Fax: 03391/655422
www.dielinke-opr.de
E-Mail: kv@dielinke-opr.de
Sprechzeiten:
Die. u. Do. 10.00 - 13.00 Uhr
14.00 - 16.00 Uhr

Kreisgeschäftsführer **Justin König**
1. Montag des Monats 14.00 - 16.00 Uhr

Kreisschatzmeister **David Hölker**
Mo. 14.00 - 16.00 Uhr
Mi. 16.00 - 18.00 Uhr

Geschäftsstelle Kyritz
Wilsnacker Str. 1, Kyritz
Tel.: 033971/72086 Fax: 033971/32893
E-Mail: bock@dielinke-opr.de
Sprechzeiten:
Die. 10.00 - 12.00 Uhr

Geschäftsstelle Wittstock
Marktgasse 2, Wittstock
Tel.: 03394/4031363/-64/-65
E-Mail: wittstock@dielinke-opr.de
Sprechzeiten:
Mo. u. Die. 09.00 - 15.30 Uhr
Mi. 09.00 - 12.00 Uhr
Do. 12.00 - 15.00 Uhr

Nicht redaktionell gekennzeichnete Veröffentlichungen müssen nicht mit der Meinung des Herausgebers bzw. der Redaktion übereinstimmen. Die Redaktion behält sich das Recht zur auszugsweisen Wiedergabe von Zuschriften vor.

Redaktionsschluss für die nächste Ausgabe: Fr., 03.11.2017
Erscheinungsdatum: Mi., 15.11.2017